

DIE AUSÜBUNG DER RELIGIONSFREIHEIT IN DEUTSCHLAND UND BELARUS: EINE RECHTSVERGLEICHENDE STUDIE

Deutschland und Belarus befinden sich, was die Religionslandschaft angeht, in einer vergleichbaren Position. Beide Länder haben zwei große Religionsgemeinschaften, welche das religiöse Leben entscheidend prägen. Auch die Beziehungen zwischen Staat und Kirche entwickeln sich in beiden Ländern nach dem Untergang der kommunistischen Ideologie in einer ähnlichen Richtung und haben das Model eines Kooperationsverhältnisses. Belarus als eine junge Demokratie braucht natürlich noch Zeit, um an die europäischen Menschenrechtsstandards heranzukommen, aber ausgerechnet in der Frage der Gewährleistung von Religionsfreiheiten kann Belarus gut dastehen. In dem Artikel wird jedoch auf die bestehenden Defizite in der belarussischen Verwaltungspraxis eingegangen. Angesichts der Tatsache, dass Belarus nach wie vor kein Mitglied des Europarats ist und dem System der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht angehört, kann die Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hier nicht direkt angewandt werden. Als Maßstab wird deswegen die Rechtspraxis des reifen deutschen Demokratiestaates genommen. Der größte Nachholbedarf besteht in Belarus im Vergleich zu Deutschland nach der Meinung des Verfassers dieses Artikels im Bereich der Gewährleistung des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen sowie des Theologiestudiengangs an den Hochschuleinrichtungen. In Belarus besteht außerdem die strikte Regelung für die Gründung neuer Religionsgemeinschaften, welche nicht den vier traditionellen Konfessionen – Orthodoxen, Katholiken, Juden und Muslimen angehören. In Deutschland gilt die Religionsfreiheit dagegen unterschiedslos für alle Religionsgemeinschaften. Diese und andere Unterschiede werden im diesem Artikel näher untersucht und verglichen, was dem besseren Verständnis zwischen Deutschland, EU und Europarat einerseits und Belarus andererseits beitragen sollte. Zwar ist Belarus noch nicht in den gesamteuropäischen institutionellen und rechtlichen Raum integriert, muss die europäische Perspektive für das Land nicht außer Acht gelassen werden. In letzter Zeit werden intensive Verhandlungen zwischen belarussischen und europäischen Partnern über die Modalitäten eines möglichen Beitritts der Republik Belarus zum Europarat geführt. Beachtlicher weise hat Belarus in den vergangenen Jahren schon zweimal einen solchen Beitrittsantrag gestellt und die Rechtsprechung des EGMR in den einigen Entscheidungen des Verfassungsgerichts für sich als bindend angesehen. Die wirksame Gewährleistung der Religionsfreiheit kann Belarus noch näher zu Europa bringen.

Schlüsselworte: Schutz der Menschenrechte, europäische Menschenrechtsstandards, Verhältnis von Staat und Kirche, Rechtstatus der Religionsgemeinschaften, Einschränkung der Religionsfreiheit, Religionsunterricht, theologische Ausbildung, weltanschauliche Vereinigung, Konfessionsfrieden.



Oleg Schirinsky,
*Rechtskanzlei "Cierech,
 Neviadouski and Partners",
 Lehrstuhl für
 Internationales Privatrecht
 und Europa-Recht
 Belarussische
 Staatsuniversität,
 PhD, Assoziierter
 Professor
 orcid.org/0000-0001-6680-4560
 schirinsky@cnp.by*

1. Einführung

Die Religionsfreiheit¹ gehört zu den Grundfreiheiten, die durch ihre Vielfältigkeit eine enorme Komplexität darstellt – sie kann individuell und kollektiv, positiv und negativ, aktiv und passiv ausgeübt werden. Sie bildet somit den Eckstein einer jeden freien und demokratisch geprägten Gesellschaft, auch wenn die Religion selbst nicht mehr eine zentrale Rolle spielt. Dabei gibt es keine Fertigrezepte, jedes Land, jeder Kulturkreis hat seine eigene Vorgeschichte, die maßgeblich die jeweilige religiöse Landschaft geprägt hat.

Deutschland und Belarus gehören zusammen zu der christlichen Welt, zumindest haben ihre Wurzeln darin. Die Mehrheit der Bevölkerung in den beiden Ländern sind jedoch nicht mehr praktizierende Christen, die jeden Sonntag vollzählig in der Kirche dem Gottesdienst beiwohnen. In Deutschland ist eine westliche Konsumgesellschaft etabliert worden, wo der freien Entfaltung der Persönlichkeit (fast) keine Grenzen gesetzt sind. Belarus trägt seinerseits die Last einer 70 jährigen kommunistischen Herrschaft, welche die Schaffung einer klassen- und religionslosen Gesellschaft zum Ziel hatte. Somit ist die Religionslandschaft in Deutschland wie in Belarus jeher als moderat zu bezeichnen.

Der nächste Anhaltspunkt für beide Länder ist eine multikonfessionelle Gesellschaft. In Deutschland bilden zwei gleich starke Kirchen – evangelische und katholische das Grundgefüge. Es kommen noch orthodoxe, muslimische und jüdische Gemeinden sowie verschiedene Sekten und religiös neutrale Weltanschauungen hinzu. In Belarus machen zwei größten Kirchen – die belarussisch-orthodoxe und die katholische nach verschiedenen Einschätzungen bis zu 95% aller Gläubigen aus. Die belarussisch-orthodoxe Kirche ist der katholischen zahlenmäßig überlegen, zählt man aber die praktizierenden Christen beider Konfessionen, die sich an christlichen Gebote und Riten halten, und nicht bloß ihre konfessionelle Zugehörigkeit deklarieren, verringert sich der Abstand wesentlich. Die Religionslandschaft in Belarus vervollständigen die muslimischen und jüdischen Gemeinden, sowie Jugendsekten und konfessionslose Bürger. Im Großen und Ganzen ist die Konfessionslage in Deutschland und Belarus vergleichbar.

¹ Heimbach-Steins, M. (2012). Religious freedom. A human right under pressure. Paderborn [Heimbach-Steins M. Religionsfreiheit. Ein Menschenrecht unter Druck. Paderborn, 2012. 232 S.]

2. Das Verhältnis von Staat und Kirche

Im europäischen Raum haben sich drei Grundmodelle im Verhältnis von Staat und Kirche herausgebildet:

- strikte Trennung (Frankreich);
- Kooperationsverhältnis (Deutschland);
- Staatskirche (Großbritannien) sowie zahlreiche Varianten der oben genannten Grundmodelle.

In Deutschland ist seit der Weimarer Verfassung 1919, deren Kirchenartikel unverändert in das Grundgesetz aufgenommen wurden, die Trennung von Staat und Kirche postuliert. Das verhindert allerdings die Kooperation miteinander nicht. Für das Kooperationsverhältnis sprechen zunächst zahlreiche Konkordate und Staatskirchenverträge auf Bundes- und Landesebene². Weiterhin können die Religionsgemeinschaften sowie die Weltanschauungsgemeinschaften wie zum Beispiel die „Humanistische Union“ den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts erlangen, was nicht nur den zwei großen Kirchen vorbehalten worden ist. Auch einige kleinere Kirchen haben einen solchen Status. In letzter Zeit kommen dabei auch muslimische Gemeinschaften in Frage. Das Kooperationsverhältnis betrifft den sozialen Sektor (Caritas mit 600 000 Beschäftigten, Diakonie mit 500 000), die Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung von Stipendienwerken (Cusanuswerk), die Erwachsenenbildung, Militärseelsorge, Seelsorge in Gefängnissen und Krankenhäusern. Die Vertreter der Kirchen gibt es in den Rundfunkräten öffentlich- rechtlicher Medien und in dem Nationalen Ethikrat. Am deutlichsten kommt aber das Kooperationsverhältnis zum Schein in der Befugnis der deutschen Kirchen zur Erhebung von Kirchensteuer.

In Belarus hat sich (noch) kein deutlich erkennbares Modell etablieren lassen. Einerseits wird die leitende Rolle der belarussisch-orthodoxen Kirche offiziell anerkannt und ein entsprechender Staatskirchenvertrag abgeschlossen³. Danach arbeitet die belarussische Regierung mit der orthodoxen Kirche in den Bereichen wie Kultur, Ausbildung und Sport zusammen. Über den Abschluss eines Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und Belarus wurden im Vorfeld der beiden offiziellen Besuche des belarussischen Präsidenten nach Vatikan am 27.04.2009 mit dem Papst Benedikt XVI. und am 21.05.2016 mit dem Papst Franziskus intensive Verhandlungen geführt. Dass die katholische Kirche sich dadurch „emanzipieren“ könnte, darf allerdings bezweifelt werden. Dies spricht aber zunächst für ein Kooperationsmodell nach deutschem Muster.

² Comprehensive contracts with the Catholic and Protestant churches. URL: <https://www.kirchenrecht-online.de/relrecht/stkvertraege.html> [Umfassende Verträge mit der katholischen und den evangelischen Kirchen. URL: <https://www.kirchenrecht-online.de/relrecht/stkvertraege.html>].

³ Cooperation Agreement between the Republic of Belarus and the Belarusian Orthodox Church. URL: <http://exarchate.by/resource/Dir0009/Dir0015/> [Соглашение о сотрудничестве между Республикой Беларусь и Белорусской Православной Церковью. URL: <http://exarchate.by/resource/Dir0009/Dir0015/>].

Siehe dazu: Vashkevich, A. (2006). Legal regulation of state-denominational relations in the Republic of Belarus. *Religious freedom in Central and Eastern Europe between tradition and Europeanization* / ed. by G. Manssen et al. Bern, pp. 163–188 [Vashkevich A. Rechtliche Regelung der staatlich-konfessionellen Beziehungen in der Republik Weißrussland. *Religionsfreiheit in Mittel- und Osteuropa zwischen Tradition und Europäisierung* / hrsg. von G. Manssen u. a. Bern, 2006. S. 163–188].

Andererseits, finden sich sowohl auf verfassungsrechtlicher Ebene als auch auf der Ebene der einfachen Gesetze zahlreiche Formulierungen über die Neutralität des Staates im Bereich der Religion, die Gewährleistung der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Betonung des weltlichen Charakters des belarussischen Staates. Die meisten solchen Vorschriften sind als Kalkül aus den europäischen Rechtsnormen übernommen worden, um an die gemeineuropäischen Standards näher zu kommen. Hier mangelt es aber nach wie vor an einen wirksamen Mechanismus der Gewährleistung deklarer Rechte. Somit ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Belarus offengelassen. Es zeigt sich in der letzten Zeit die Tendenz, dass es zum deutschen Kooperationsmuster, jedoch nicht auf Paritäts-Basis der zwei größten Kirchen, sondern mit Bevorzugung der belarussisch-orthodoxen Kirche neigt.

3. Der Rechtstatus der Religionsgemeinschaften

Die großen Religionsgemeinschaften haben in Deutschland angesichts der ihnen zukommenden Aufgaben überwiegend den Status von öffentlich-rechtlichen Körperschaften⁴. Die kleineren Gemeinschaften haben dagegen meistens einen Vereinsstatus inne. Gemäß Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 WRV erwerben die Religionsgemeinschaften die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts. Danach können es rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine sein. Die Bedeutung der Religionsfreiheit für die Aufrechterhaltung des Landesfriedens lässt den einfachen Vereinsstatus für die Religionsgemeinschaften jedoch als nicht angemessen ansehen. Die Religionsgemeinschaften sind deswegen als *aliud* gegenüber den weltlichen Verbänden eingeordnet⁵. Ein wesentliches Merkmal der Religionsfreiheit in Deutschland ist vollständige Emanzipierung von Religionen und religionsneutralen Weltanschauungen. Deswegen können auch die deutschen Weltanschauungsgruppen die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts erwerben.

In Belarus sind die Religionsgemeinschaften allein in Form eines Vereins zu gründen. Nur in diesem Falle können sie die Religionsfreiheit im vollen Umfang genießen. Fehlt es an einem Vereinsstatus, so kann die Religionsgemeinschaft praktisch keine religiöse Tätigkeit ausüben, vor allem keine Gottesdiensträume erwerben und keine Massenmedien gründen, § 38 Abs. 1 Religionsgesetz der Republik Belarus (RelG RB). Hier liegt *der erste gravierende Unterschied* zur Rechtslage in Deutschland, wo es die Eintragung einer Religionsgemeinschaft als Verein keine zwingende Voraussetzung für die Ausübung der religiösen Tätigkeit ist, § 21 BGB. In Belarus sind dagegen staatlich nicht registrierte Religionsgemeinschaften in ihrer Tätigkeit sehr begrenzt. So können sich die religiösen Zusammenkünfte nur an den speziell für religiöse Zwecke bestimmten Plätzen versammeln. Das gilt zwar für alle, aber eine nicht registrierte Religionsgemeinschaft hat, wie oben bereits erwähnt, nicht einmal die Möglichkeit, legal einen Gottesdienstraum zu erwerben. Für jede Veranstaltung mit religiösem Inhalt braucht sie deshalb eine Genehmigung. Das

⁴ Zum Rechtsstreit, ob Zeugen Jehovas den Status einer Körperschaft Öffentlichen Rechts erwerben können, weil ihre Mitglieder nicht wählen und „Abtrünnige“ angeblich verfolgt und bedroht werden siehe: BVerwGE.

⁵ Conring, H.-T. (1998). Corporate Religious Freedom in Europe. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, pp. 219 [Conring H.-T. Korporative Religionsfreiheit in Europa. Frankfurt am Main ; Berlin ; Bern ; New York ; Paris ; Wien, 1998. 250 S.].

gilt für Andachte, Gebetssammlungen, Riten etc. sowohl im Freien, als auch *in privaten Räumlichkeiten*, § 25 Abs. 5 RelG RB. Diese sehr restriktive Vorschrift dient dem Bestandschutz der traditionellen belarussischen Religionsgemeinschaften, die sich weiterhin untereinander in ihrer Rangordnung unterscheiden.

Der Ausgangspunkt bildet Art. 16 Abs. 1 belarussische Verfassung (Verf. RB). Danach werden die Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaft unter *Berücksichtigung derer Einflussnahme* auf die Etablierung der geistigen, kulturellen und staatlichen Traditionen des belarussischen Volkes geregelt. Was das in Detail bedeutet, besagt die Präambel des belarussischen Religionsgesetzes. So wird *die leitende Rolle* der belarussisch-orthodoxen Kirche im historischen Entstehen und der Entwicklung der geistigen, kulturellen und staatlichen Traditionen des belarussischen Volkes ausdrücklich anerkannt. Die katholische Kirche gewinnt lediglich die Anerkennung ihrer geistigen, kulturellen und historischen Rolle auf dem belarussischen Territorium. Schließlich sind von der Gesamtgeschichte des belarussischen Volkes die Evangelisch-lutherische Kirche, das Judentum und der Islam untrennbar. Völlig ausgeklammert sind die Neureligionen, Jugendsekten und religionslose Weltanschauungen. Sie alle haben es schwer, den Vereinsstatus zu erlangen oder eine staatliche Genehmigung für eine Zusammenkunft zu bekommen. Der Wesensgehalt der Religionsfreiheit ist hier leider angetastet, da der einzelne seine innere Überzeugung nach dem belarussischen Recht nicht ungestört ausformen kann⁶.

Anfang der 90er Jahre war die Situation jedoch genau umgekehrt. Der seit drei Generationen herrschende staatliche Atheismus hat die Suche nach dem wahren Gott aus dem Menschenverstand nicht verdrängen können. Sobald die liberale Gesetzgebung die Pforten für die Missionäre aus aller Welt weit geöffnet hat, kamen sie nach Belarus in Scharen. Dabei gab es auch Sekten, bei denen es allein um die Gewinnerzielung ging. Tausende belarussische Bürger waren für die ausländischen Seelenfänger eine leichte Beute, viele von denen haben ihr ganzes Vermögen verloren. Die schwere Wirtschaftslage hat die Abneigung den fremden Predigern gegenüber noch größer gemacht. Ein effektiver Rechtsmechanismus der Bekämpfung der Sekten mit überwiegendem Wirtschaftshintergrund war damals (wie auch vieles mehr) noch nicht vorhanden. So blieb es der belarussischen Regierung nichts mehr übrig, als hart durchzugreifen. Die Folgen waren die geänderte Verfassung und das darauffolgende Religionsgesetz, welche dem Grundsatz der Religionsgleichheit faktisch ein Ende bereitet haben (siehe oben).

Zweifelsohne muss der Staat eigene Bürger vor Betrug und Ausbeutung unter dem Deckmantel der Religion schützen. Auch in Deutschland ist das Misstrauen den Religionssekten gegenüber groß⁷. Die gebotene Neutralität des Staates und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erlauben es dem Staat nicht, die bestimmten Religionen *pauschal*

⁶ Frenz, W. (2009). Handbook on European law, European fundamental rights. Vol. 4. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag, Rn. 1607 [Frenz W. Handbuch Europarecht, Europäische Grundrechte. Band 4. Berlin ; Heidelberg : Springer Verlag, 2009. 1717 S.].

⁷ Während in den USA Church of Scientology als Religionsgemeinschaft gilt, wurde sie in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet. Nach Auffassung der US-Regierung wird die Religionsfreiheit in Deutschland daher beschränkt.

Siehe dazu: International Religious Freedom Report for 2015 / Bureau of Democracy, Human Rights and Labor. URL: <http://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper>.

zu benachteiligen oder sogar auszuselektieren, allein deswegen, weil sie neu oder fremd auf dem belarussischen Boden sind. Die heutige Lage in Belarus ist faktisch so, dass die belarussisch-orthodoxe Kirche staatlich bevorzugt und die anderen traditionellen Religionsgemeinschaften geduldet werden. Für die Neu- oder Fremdreigionen gelten erschwerte Bedingungen, religionsneutrale Weltanschauungen fallen gar nicht in den Schutzbereich der Religionsfreiheit. Das ist *der nächste gravierende Unterschied* zur Rechtslage in Deutschland, wo die Religionsgleichheit sowohl für die kleineren und neuen Religionen als auch für die religionsneutralen Weltanschauungen im vollen Umfang gewährleistet wird. Würde man jedoch die gesamteuropäische Ebene betrachten, so liegt die belarussische Praxis nicht weit von der Praxis einiger Ost-Europäischen Länder.

4. Gründung einer Religionsgemeinschaft

In der Praxis werden die Religionsgemeinschaften in Deutschland meistens als der nichtwirtschaftliche oder Idealverein gegründet. Die Rechtsfähigkeit erwerben solche Vereine durch die Eintragung ins Vereinsregister, § 21 iVm § 55 ff. BGB. Bei der Gründung muss eine Satzung vorliegen und mindestens sieben Gründungsmitglieder vorhanden sein. Eine Religionsgemeinschaft als ein nichtrechtsfähiger Verein kommt seltener vor, da solche Vereine nur beschränkt an dem Rechtsverkehr teilnehmen können. Die Voraussetzungen für die Gründung eines nichtrechtsfähigen Vereins sind noch lockerer – es genügt schon das Vorhandensein von zwei Gründungsmitgliedern und ein Mindestmass an Organisation. Allerdings genießen die Religionsgemeinschaften ihre Religionsfreiheit im vollen Umfang unabhängig von der Rechtsform⁸. Bei der Gründung haben die Mitglieder ein volles Selbstbestimmungsrecht, was die inneren Angelegenheiten der Gemeinschaft betrifft. Die Schranken können nur allgemeiner Natur zum Schutz der öffentlichen Sicherheit oder Rechte Dritter sein. Weiterhin muss der wirtschaftliche Aspekt in den ideellen nicht übersteigen, da sonst die Religionsgemeinschaft als ein Unternehmer agiert, die grundsätzlich keine Rechtsfähigkeit besitzen. Bei den pseudoreligiösen Bewegungen mit primär wirtschaftlichen Interessen kann deshalb die Rechtsfähigkeit auch nachträglich entzogen werden⁹.

In Belarus legen § 14, § 15 RelG RB vielmehr strengere Voraussetzungen fest. Für die Gründung einer Religionsgemeinschaft müssen mindestens *zwanzig* volljährige Staatsbürger der Republik Belarus vorhanden sein, die in einem oder mehreren benachbarten Ortsbezirken wohnen. Nur wer die weißrussische Staatsbürgerschaft besitzt, kann die Leitung einer Religionsgemeinschaft übernehmen. Dazu müssen noch folgende Dokumente vorgelegt werden:

⁸ Wallner, L. (2007). State recognition of religious communities, science and religion, publications by the International Research Center for Basic Questions in Science in Salzburg. Vol. 18. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, pp. 322 m. w. N. [Wallner L. Die Staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften, Wissenschaft und Religion, Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg. Band 18. Frankfurt am Main : Peter Lang Verlag, 2007. 352 S.].

⁹ Groh, K. (2004). Self-protection of the constitution against religious communities .: From the religious privilege of the Association Act to the prohibition of association. Berlin: Duncker Humblot Verlag, pp. 158 ff. [Groh K. Selbstschutz der Verfassung gegen Religionsgemeinschaften.: Vom Religionsprivileg des Vereinsgesetzes zum Vereinigungsverbot. Berlin : Duncker Humblot Verlag, 2004. 533 S.].

- eine Satzung in dreifacher Ausfertigung;
- Mitgliederliste mit Personalien und eigenhändiger Unterschrift jedes Mitgliedes;
- Gründungsprotokoll;
- Mietvertrag für den Gottesdienstraum.

Die Bezirksverwaltung trifft die Entscheidung über die Registrierung einer Religionsgemeinschaft innerhalb eines Monats nach Vorlage aller Dokumente.

Für die Neu- und Fremdreigionen zeigt sich die *Ungleichbehandlung* durch den Staat in der Notwendigkeit der Darlegung ihrer Glaubenslehre, insbesondere was die Riten, Bräuche und kultische Praxis betrifft. Der Umfang, Inhalt und Verfahrensordnung für die Selbstangaben bestimmt der Ministerrat der Republik Belarus. Jedenfalls sind die Angaben über die Entstehungsgeschichte, Tätigkeitsformen und Erfüllung von Bürgerpflichten zu machen. Ferner muss die neue Religionsgemeinschaft ihre Stellungnahme in Bezug auf Ehe, Familie sowie allgemeine schulische Bildung und medizinische Behandlung ihrer Mitglieder abgeben.

Die für die Registrierung erforderlichen Angaben bei der Gründung von Neu- oder Fremdreigionsgemeinschaften prüft zunächst das Komitee für Angelegenheiten der Religionen beim Ministerrat der Republik Belarus. Das Komitee regelt auch die Einreise von ausländischen Geistlichen und Missionären sowie zensiert die eingeführte Religionsliteratur und andere Materialien religiösen Inhalts. Seine Stellungnahme ist für die Eintragung ins Vereinsregister entscheidend, § 21 Abs. 4 RelG RB. Die verlängerte Frist für die Stellungnahme des Komitees und die darauffolgende Eintragung beträgt bis zu sechs Monaten, § 17 Abs. 11 RelG RB. Hier ist folgendes zu beachten. Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften wird durch die Pflicht zur Offenlegung der Glaubenslehre eingeengt. Dieser Gefälligkeitszwang verleitet die zu registrierenden Religionsgemeinschaften oft dazu, nicht die wahren Angaben, sondern die von der Verwaltung gewünschten zu machen. Dadurch geht die Transparenz bei der Gründung von Religionsgemeinschaften verloren, was auch die Akzeptanz weder bei den Behörden noch bei der Bevölkerung fördert und ein erhöhtes Mißvertrauen hervorruft.

Die Neufassung des RelG RB von 2002 hat die ganze Religionslandschaft in Belarus verändert und maßgeblich geprägt. Sie verlangte die *Neueintragung* für alle Religionsgemeinschaften in Belarus, auch für diejenigen, die bereits eingetragen worden sind. Viele kleinere Religionsgemeinschaften haben diese Hürde angesichts der erschwerten Bedingungen nicht genommen und wurden aufgelöst. Auch die katholische Kirche hat befürchtet, dass der Zuzug der Priester aus Polen erschwert wird. Die belarussisch-orthodoxe Kirche hat als einzige Gemeinschaft das neue RelG RB begrüßt. Darin hat sie eine entscheidende Maßnahme gegen konkurrierende Sekten und Neureligionen und somit die Stärkung der nationalen Kultur gesehen¹⁰.

¹⁰ Danilov, A., Striker, G. (2005). The right of religious communities in Belarus. *Lienemann, W., Reuter, H.-R. (eds.). The right of religious communities in Central, Eastern and Southern Europe*. Baden Baden: Nomos Verlag, pp. 585 ff [Danilov A., Striker G. Das Recht der Religionsgemeinschaften in Weißrussland. *Das Recht der Religionsgemeinschaften in Mittel-, Ost- und Südeuropa* / W. Lienemann, H.-R. Reuter (Hrsg.). Baden Baden : Nomos Verlag, 2005. S. 569–607]

Auf dem ersten Blick liegen zwischen deutscher und belarussischer Rechtsordnung, welche die Gründung einer Religionsgemeinschaft regeln, die Welten. Aber auch in Deutschland gibt es bestimmte Einschränkungen und Vorbehalte. Bei aller Liberalisierung der Gesetzgebung in Bezug auf die Gründung einer Religionsgemeinschaft, sind die Normen des deutschen Vereinsrechts nicht völlig auszuholen. Es bedarf also doch einer gewissen Organisation, erkennbare Struktur und Organe (auch personifizierte), die nach Außen im Namen der Religionsgemeinschaft treten. Die Religionsausübung findet auch in Deutschland ihre Schranken im Toleranzgebot, sobald sie Einfluss auf die anderen in unerlaubter Weise nimmt. So sind ausdrücklich List und Drohung sowie andere unlautere Mittel bei der Missionierung verboten¹¹. Nicht erlaubt ist den Religionsgemeinschaften, ihre Mitglieder durch Zwang zum Bleiben zu überreden¹². Solche Fehlpraktiken sind aber gerade bei den Sekten und pseudoreligiösen Bewegungen in Belarus vorgekommen, und auf ihre Bekämpfung war die Neufassung des RelG RB speziell eingerichtet.

Fraglich ist in dieser Hinsicht, ob der belarussische Staat die Prüfung einer Religionsgemeinschaft auf ihre Loyalität vornehmen darf. Die deutsche und die gesamteuropäische Rechtspraxis verneinen eindeutig diese Befugnis der Registrierungsbehörden. Andererseits sind die Fakten veröffentlicht, wonach die amerikanischen Geheimdienste die personenbezogenen Daten im europäischen Rechtsraum sammeln. Solche Praktiken widersprechen der liberalen deutschen und europäischen Gesetzgebung, der deutsche Bundesnachrichtendienst ist aber nicht ganz daran unbeteiligt und hat zumindest Kenntnis davon erlangt. Wer ins Visier der Geheimdienste geraten ist, kann man durchaus vermuten. Es sind in erster Linie islamische Fundamentalisten und extremistische Jugendsekte. Im Endergebnis bleibt festzustellen – die Neu- und Fremdreigionen sowohl in Deutschland als auch in Belarus treffen auf ein Misstrauen von den Seiten der Behörden. Der deutsche Kontrollmechanismus ist subtil, aber angesichts der engen Mitarbeit mit den amerikanischen Geheimdiensten beinahe global. In Belarus ist eine solche Feinmechanik noch nicht in Gang gesetzt. Fehlende Möglichkeiten der globalen Überwachung von Sekten und pseudoreligiösen Bewegungen erhofft die belarussische Regierung durch strenge Kontrolle vor Ort und Pflicht zu Selbstangaben zu ersetzen.

Jedoch muss die strenge Handhabung des Religionsrechts auch in Belarus ihre Grenze finden. So kann sich der belarussische Staat in einem rein dogmatischen Streit zwischen verschiedenen Strömungen einer traditionellen Religion keine Seite bevorzugen. Hier geht es weder um eine Sekte noch um eine pseudoreligiöse Bewegung. Der Grundsatz der Religionsgleichheit und die Neutralitätspflicht des Staates verbieten die staatliche Einmischung im Falle einer Abspaltung von einer traditionellen Religionsbewegung. Allerdings haben die belarussischen Behörden im Streit innerhalb der orthodoxen Kirche eindeutig die Seite der Belarussisch-

¹¹ Frenz, W. (2009). Handbook on European law, European fundamental rights. Vol. 4. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag, Rn. 1622 [Frenz W. Handbuch Europarecht, Europäische Grundrechte. Band 4. Berlin ; Heidelberg : Springer Verlag, 2009. 1717 S.].

¹² Frenz, W. (2009). Handbook on European law, European fundamental rights. Vol. 4. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag, Rn. 1622 [Frenz W. Handbuch Europarecht, Europäische Grundrechte. Band 4. Berlin ; Heidelberg : Springer Verlag, 2009. 1717 S.].

orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats genommen und die Gründung einer autokephalen Belarussisch-orthodoxen Kirche verhindert. Das Untersagungsgrund war die „Gefährdung der Einheit von (Gesamt)Russisch-orthodoxen Kirche“¹³. Hier zeigt sich erneut die starke Neigung der belarussischen Regierung zur größten Konfession in Belarus. Solche Verhaltensweise ist ein weiteres Indiz für die faktische Erhebung der Orthodoxie zur Staatsreligion in Belarus.

5. Verbot einer Religionsgemeinschaft

Nach dem deutschen Recht kann ein Vereinsverbot gegen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gemäß § 2 Abs. 2 dVereinsG ausgesprochen werden. Bis Anfang 2002 waren diese Gemeinschaften noch keine Vereine im Sinne dieses Gesetzes aufgrund der Ausnahmeregelung § 2 Abs. 2 № 3 dVereinsG, so dass ein direktes Verbot nicht möglich war. Das deutsche TerrorismusbekämpfungG14 hat allerdings diese Ausnahmeregelung aufgehoben. Im Gesetzentwurf hat die Bundesregierung die spezielle Zielgruppe eines potentiellen Direktverbots ausdrücklich genannt. So richtet sich die Neufassung des Vereinsgesetzes gegen „fundamentalistisch-islamistische Vereinigungen, die zur Durchsetzung ihrer Glaubensüberzeugungen Gewalt gegen Andersdenkende nicht ablehnen, Vereinigungen mit Gewinnerzielungsabsicht oder politischen Zielen, die für sich den Status einer religiösen beziehungsweise weltanschaulichen Vereinigung reklamieren und im Rahmen von Vereinsverbotsverfahren Prozessrisiken hinsichtlich der Beurteilung ihres Vereinigungscharakters aufwerfen und bislang nur im Ausland mit Tötungsdelikten und Massenselbstmorden aufgetretene Weltuntergangssekten“¹⁵. Der deutsche Gesetzgeber hat ins Visier die religiösen und weltanschaulichen Vereinigungen genommen, die durchaus als „fremd“ oder „neu“ bezeichnet werden können. Allerdings ist der Kreis der „Verdächtigen“ im Unterschied zu belarussischen Rechtslage *klar* definiert und das Verbot für eine religiöse Vereinigung kann nur aus einem wichtigen Grund und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Nach dem deutschen Rechtsverständnis können sogar strafrechtliche Vorschriften zum Schutz vom Menschenleben vor der Glaubensfreiheit zurücktreten¹⁶.

¹³ Danilov, A., Striker, G. (2005). The right of religious communities in Belarus. *Lienemann, W., Reuter, H.-R. (eds.). The right of religious communities in Central, Eastern and Southern Europe*. Baden Baden: Nomos Verlag, pp. 579 [Danilov A., Striker G. Das Recht der Religionsgemeinschaften in Weißrussland. *Das Recht der Religionsgemeinschaften in Mittel-, Ost- und Südeuropa* / W. Lienemann, H.-R. Reuter (Hrsg.). Baden Baden : Nomos Verlag, 2005. S. 569–607].

¹⁴ BGBL 2002 I № 3.

¹⁵ Bundesrats-Drucksache 724/01 vom 20.09.2001 mit zustimmendem Beschluss des Bundesrates vom 27.09.2001, zit. nach: Wallner, L. (2007). State recognition of religious communities, science and religion, publications by the International Research Center for Basic Questions in Science in Salzburg. Vol. 18. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, pp. 330 [Wallner L. Die Staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften, Wissenschaft und Religion, Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg. Band 18. Frankfurt am Main : Peter Lang Verlag, 2007. 352 S.].

¹⁶ BVerfGE 32, 98; Robbers, G. (2005). State and Church in the Federal Republic of Germany. *State and Church in the European Union* / G. Robbers (ed.). 2nd ed. Baden-Baden: Nomos Verlag, pp. 87 [Robbers G. Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. *Staat und Kirche in der Europäischen Union* / G. Robbers (Hrsg.). 2. Aufl. Baden-Baden : Nomos Verlag, 2005. S. 82–101].

Die Verbotsgründe für eine religiöse Vereinigung in Belarus nennt § 39 Abs. 2 RelG RB. Das sind insbesondere Kriegspropaganda oder Extremismus, Verletzung der Menschenrechte sowie Verhinderung der Erfüllung von Pflichten, die sich aus staatlichen, öffentlichen oder familiären Beziehungen ergeben. Ferner kann eine religiöse Vereinigung verboten werden, wenn ihre Tätigkeit die Gesundheit von Menschen oder Sittlichkeit gefährdet. Die Aufzählung von Verbotsgründen ist nicht abschließend. Ausdrücklich sind die religiösen Vereinigungen in den staatlichen Einrichtungen, Militärtruppen und Bildungseinrichtungen verboten. Darin ist eine gewisse Parallelität zu deutscher Rechtsordnung zu sehen, bemerkenswert sind jedoch die Unterschiede verfahrensrechtlicher Natur.

In Deutschland kann ein Verbot für religiöse oder weltanschauliche Vereine vom Innenminister ausgesprochen werden. Dagegen kann allerdings vor Verwaltungsgerichten geklagt werden. Das Verbot kann dementsprechend nur aufgrund der Gerichtsentscheidung rechtswirksam werden.

In Belarus genügt bereits der Beschluss einer örtlichen Verwaltungsbehörde, der mit sofortiger Wirkung die Tätigkeit einer religiösen Gemeinde einstellen kann, § 37 RelG RB. Zwar wird diesbezüglich ein Gerichtsverfahren eingeleitet, dennoch bleibt die Tätigkeit des Religionsvereins weiterhin unerlaubt. Nur die Aufhebung des Verbotsbeschlusses durch das Gericht kann seine Legitimation wiederherstellen. Die Analyse der belarussischen Rechtssprechung zeigt jedoch, dass die Gerichte nur selten die Rechtsakten der Behörden für rechtswidrig erklären.

Auch im Falle eines Widerrufs des rechtswidrigen Verbotsbeschlusses steht dem „freigesprochenen“ religiösen Verein kein Anspruch auf Entschädigung aus RelG RB zu. Einem erneuten Verbotsbeschluss aus einem anderen Grund steht daraus resultierend nichts im Wege. Mit diesem „Nachschieben“ von Verbotsgründen kann die örtliche Verwaltung jeden in ihre Ungnade geratenen religiösen Verein auch ohne Gerichtsentscheidung faktisch verbieten oder aus dem Rechtsfeld verdrängen. Das Fehlen eines wirksamen Rechtsschutzes für religiöse Vereine, die nicht dem „Mainstream“ angehören, wird in Belarus zu Recht kritisiert. Betroffen sind, wie oben bereits mehrfach erwähnt, kleine religiöse Vereinigungen, die von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht wahrgenommen werden. Allerdings müssen auch solche Religionsgemeinschaften entsprechende Rechtsgarantien gegen die Willkür der örtlichen Verwaltung haben. Zumindest die Möglichkeit einer Hausandacht (*devotio domestica*) muss für die Religionsgemeinschaften bis zum Verbot durch das ordentliche Gericht erhalten bleiben, solange keine Menschenrechte, öffentliche Sicherheit oder Moral betroffen sind¹⁷. Auch das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Religionsgemeinschaften muss in Belarus besser gewährleistet werden. Die Registrierungsbehörden sollen nur die Ausschlussgründe prüfen und nicht eine generelle Ermächtigung zur Prüfung aller Belange der zu gründenden religiösen Vereinigung haben.

¹⁷ Wallner, L. (2007). State recognition of religious communities, science and religion, publications by the International Research Center for Basic Questions in Science in Salzburg. Vol. 18. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, pp. 332 [Wallner L. Die Staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften, Wissenschaft und Religion, Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg. Band 18. Frankfurt am Main : Peter Lang Verlag, 2007. 352 S.].

6. Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen

Die öffentlichen Schulen in Deutschland sind konfessionell gebunden oder bekenntnisfrei. Der Religionsunterricht ist jedoch an allen staatlichen Schulen ein ordentliches Unterrichtsfach mit Ausnahme von Bremen, Berlin, und Brandenburg. Auch die anderen Konfessionen haben die Möglichkeit, einen Religionsunterricht einzuführen. Voraussetzung dafür ist die Erreichung der jeweils durch Landesgesetzgebung festgelegten Mindestschüleranzahl. Die wenigen nichtkonfessionellen Privatschulen (zum Beispiel Waldorf-Schulen) haben in der Regel ein Unterricht in Religionskunde oder Ethik eingeführt¹⁸. Die religiöse Neutralität des Staates steht dem Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen in Deutschland nicht entgegen, weil der Staat die religiösen Gefühle der Staatsbürger weder stärken noch unterdrücken darf. Er ist wie ein Thermometer, der keine eigene Temperatur besitzt und nur die Temperatur der Umgebung wiedergibt. Hier haben die Eltern und ab dem 14. Lebensjahr die Schüler selbst einen Entscheidungsspielraum¹⁹. In Frankreich oder in den USA wäre dagegen ein obligatorischer Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen als Verstoß gegen die Neutralitätspflicht des Staates bewertet²⁰. In Deutschland ganz umgekehrt: eine Abwertung des obligatorischen Religionsunterrichts an allen öffentlichen Schulen würde eine Stellungnahme des Staates gegen die Religion bedeuten, was der religiös neutrale Staat nicht machen darf²¹.

In Belarus ist die Ausgangslage ganz anders. Die Mehrheit der Bevölkerung wuchs in einer religionsfeindlichen Umgebung auf. Nur zur Zeit der Perestrojka konnten die Sowjetbürger die Religionsfreiheit ungestört ausüben und viele wussten ja gar nicht, was die Religion bedeutet. Die sowjetische Verfassung von 1977 hat den Grundsatz des Staats-

¹⁸ Wall, H. de. (2002). The relationship between state and church in Germany. Kämper, B., Schlagheck, M. (eds.). *Between national identity and European harmonization. On the basic tension of the future relationship between society, state and church in Europe*. Berlin, pp. 95 [Wall H. de. Das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. *Zwischen nationaler Identität und europäischer Harmonisierung. Zur Grundspannung des zukünftigen Verhältnisses von Gesellschaft, Staat und Kirche in Europa* / B. Kämper, M. Schlagheck (Hrsg.). Berlin, 2002. S. 85–100].

¹⁹ Die Eltern können die Schüler bis zum 14. Lebensjahr vom Religionsunterricht abmelden. Ab dem 14. Lebensjahr können sich die Schüler selbst abmelden (Religionsmündigkeit).

²⁰ Lorz, R.A. (1998). State, Churches, and Public Education in the United States. An overview based on the jurisdiction of the Supreme Court. *Public education in the area of conflict between state and church: Country reports and general report of the 26th conference for comparative law from September 24 to 27, 1997 in the Karl-Franzens University Graz* / E. Riedel (ed.). Baden-Baden, pp. 155–175 [Lorz R.A. Staat, Kirchen und öffentliches Schulwesen in den USA. Ein Überblick anhand der Rechtsprechung des Supreme Court. *Öffentliches Schulwesen im Spannungsfeld von Staat und Kirche: Länderberichte und Generalbericht der 26. Tagung für Rechtsvergleichung vom 24. bis 27. September 1997 in der Karl-Franzens Universität Graz* / E. Riedel (Hrsg.). Baden-Baden, 1998. S. 155–175].

²¹ Wall, H. de. (2002). The relationship between state and church in Germany. Kämper, B., Schlagheck, M. (eds.). *Between national identity and European harmonization. On the basic tension of the future relationship between society, state and church in Europe*. Berlin, pp. 95 m w. N. [Wall H. de. Das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. *Zwischen nationaler Identität und europäischer Harmonisierung. Zur Grundspannung des zukünftigen Verhältnisses von Gesellschaft, Staat und Kirche in Europa* / B. Kämper, M. Schlagheck (Hrsg.). Berlin, 2002. S. 85–100].

Kirchen-Verhältnisses klar definiert: „In der UdSSR sind die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt“, Art. 52 Abs. 2. Dieser Grundsatz behält nach wie vor, zumindest in Bezug auf die öffentlichen Schulen, seine Aktualität. In Belarus sind die öffentlichen Schulen bekenntnisfrei und an keine Konfession gebunden. Lediglich die Sonntagsschulen dürfen die Religionsgemeinschaften unterhalten. Dort werden die Gläubigen verschiedenen Altersgruppen in die Grundlagen jeweiliger Religionslehre einführt.

Eine indirekte Möglichkeit des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen außerhalb des regulären Stundenplans eröffnet Art. 9 Abs. 4 RelG RB. Er sieht die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Erziehungsanstalten und registrierten religiösen Organisationen im Bereich der Jugenderziehung vor. Voraussetzungen dafür ist die schriftliche Zustimmung der Eltern. Vor allem belarussisch-orthodoxe Kirche kann darauf berufen, weil es hier erneut auf die auf die Etablierung der geistigen, kulturellen und staatlichen Traditionen des belarussischen Volkes Bezug genommen wird. Allerdings verhält sich auch sie angesichts des seit Sowjetzeit geprägten Verständnisses des religionslosen Unterrichts an den öffentlichen Schulen sehr zurückhaltend, so dass ein schulischer Religionsunterricht immer noch eine Ausnahme darstellt²².

7. Theologische Ausbildung an staatlichen Hochschulen

In Deutschland gibt es insgesamt 18 evangelische und 11 katholisch-theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten²³. Die weltanschauliche Neutralität des deutschen Staates steht diesem nicht im Wege, weil dies aus staatlicher Sicht ein Teil traditionsreicher Bildungs- und Kulturpflege ist²⁴. Die Garantien der theologischen Fakultäten sind in den jeweiligen Landesverfassungen, Konkordaten und Staatskirchenverträgen verankert. Das Selbstbestimmungsrecht der beiden Großkirchen zeigt sich darin, dass die Ernennung von Theologie-Professoren nur mit kirchlicher Zustimmung erfolgen kann. Außerdem gibt es noch eine kleine Universität Eichstätt, die sich in der Trägerschaft der katholischen Kirche befindet, und eine Reihe von Hochschulen für Theologie sowie zur Ausbildung von Kirchenmusikern. Insgesamt verfügt Deutschland über ein solides theologisches Hochschulwesen.

In Belarus war das ganze System der Theologieausbildung während der Sowjetzeit fast vollständig zerstört. Erst nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurden in der

²² Danilov, A., Striker, G. (2005). The right of religious communities in Belarus. *Lienemann, W., Reuter, H.-R. (eds.). The right of religious communities in Central, Eastern and Southern Europe*. Baden Baden: Nomos Verlag, pp. 590 [Danilov A., Striker G. Das Recht der Religionsgemeinschaften in Weißrussland. *Das Recht der Religionsgemeinschaften in Mittel-, Ost- und Südeuropa* / W. Lienemann, H.-R. Reuter (Hrsg.). Baden Baden : Nomos Verlag, 2005. S. 569–607].

²³ Darüber hinaus gibt es Universitätsinstitute für katholische Theologie, die der Lehrerbildung dienen. Weiterhin gibt es an den Bundeswehruniversitäten je einen katholischen und evangelischen Lehrstuhl für Theologie. Vgl.: <http://www.katholische-theologie.info/>.

²⁴ Wall, H. de. (2002). The relationship between state and church in Germany. *Kämper, B., Schlagheck, M. (eds.). Between national identity and European harmonization. On the basic tension of the future relationship between society, state and church in Europe*. Berlin, pp. 94 [Wall H. de. Das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. *Zwischen nationaler Identität und europäischer Harmonisierung. Zur Grundspannung des zukünftigen Verhältnisses von Gesellschaft, Staat und Kirche in Europa* / B. Kämper, M. Schlagheck (Hrsg.). Berlin, 2002. S. 85–100].

UdSSR insgesamt acht russisch-orthodoxe Priesterseminare zugelassen, eins davon in Belarus, in Minsker Vorort Žirovitschi. Das war der Dank der sowjetischen Führung für die Unterstützung der russisch-orthodoxen Kirche im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht. Damit war aber schnell Schluss, als Nikita Chruschtschow wieder eine antiklerikale Kampagne 1958 startete. Hunderte von Kirchen, welche die Revolution und beide Weltkriege überstanden haben, wurden zerstört und die Priesterseminare mit einer einzigen Ausnahme geschlossen. Erst mit dem Beginn von Perestroika konnten die Priesterseminare ihren Lehrbetrieb wiederaufnehmen. Das oben genannte Priesterseminar in Žirovitschi wurde 1989 wiedereröffnet und 1995 um eine Geistliche Akademie für die Ausbildung von höherrangigen Kirchenkadern erweitert. Die katholische Kirche zog gleich mit und hat zwei Priesterseminare in Grodno (1990) und Pinsk (2001) gegründet. Auch die Protestanten unterhalten einige ihrer Seminare. Erwähnenswert sind vor allem das Minsker Theologische Seminar vom Bund der Evangeliumschrsten-Baptisten (2001) und die Theologische Hochschule der Pfingstchristen (1996 in Minsk). Die jüdischen Gemeinden verfügen jetzt über religiöse Fernkurse „Ieshibot“ (1993) und ein Colleg (1995) sowie über eine Filiale der Offenen Universität Israels (1993). Bei den Muslimen gibt es zurzeit keine Ausbildungsstätte für Geistliche.

Alle Konfessionen in Belarus haben gemeinsam, dass es einen gravierenden Mangel an einheimischen Geistlichen gibt und die belarussische Staatssprache für die theologische Ausbildung nur teilweise Anwendung findet. So werden die Priesterseminare für die orthodoxen Geistlichen fast ausschließlich auf Russisch und für die katholischen überwiegend auf Polnisch durchgeführt. Das führt zu einer bestimmten Kluft zwischen dem Klerus und der Bevölkerung und hebt einen gewissen Grad an Misstrauen hervor. Der belarussische Staat, der eine enge Verbindung zumindest mit der belarussisch-orthodoxen Kirche anstrebt, muss auch Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einem starken religiösen Einfluss von außen kommt. Denn die Befürchtungen, die den neuen und fremden Religionen gegenüber ausgesprochen worden sind, können durchaus auch für die traditionellen Religionsgemeinschaften zutreffen, wenn sich das einheimische Element dort nicht zur tragenden Säule entwickeln kann.

8. Fazit

Im Gesamtergebnis kann Republik Belarus besser stehen, als man nach vielen Negativberichten über das Land erwartet hat. Natürlich kann Belarus nicht auf eine Ebene mit Deutschland gestellt werden, was die Gewährleistung der Menschenrechtsstandards, darunter auch die Ausübung der Religionsfreiheit, betrifft. Dennoch ist der interkonfessionelle Frieden und die religiöse Toleranz der Belarussen ein Markenzeichen, das auch für einige europäische Länder als Beispiel dienen kann.

THE EXERCISE OF RELIGIOUS FREEDOM IN GERMANY AND BELARUS: A COMPARATIVE STUDY

Oleg Schirinsky,

Advocate Bureau "Ciarech, Neviadouski and Partners",
Department of the Private International and European Law
of the Belarussian State University,
PhD, Associate Professor
orcid.org/0000-0001-6680-4560
schirinsky@cnp.by

Germany and Belarus are in a comparable position with regard to the religious landscape. Both countries have two large religious communities that decisively shape religious life. Relations between the state and the church also develop in a similar direction in both countries after the fall of the communist ideology and have the model of a cooperation relationship. Belarus as a young democracy, of course still needs time to get to European human rights standards, but Belarus can do well when it comes to ensuring freedom of religion. However, the article deals with the existing deficits in Belarusian administrative practice. Given that Belarus is still not a member of the Council of Europe and does not belong to the system of the European Convention on Human Rights, the case law of the European Court of Human Rights cannot be applied directly here. The legal practice of the mature German democratic state is therefore taken as a yardstick. According to the author of this article, the greatest need to catch up in Belarus compared to Germany is in the area of ensuring religious instruction in public schools and theology in higher education. In Belarus there is also a strict regulation for the establishment of new religious communities that do not belong to the four traditional denominations – Orthodox, Catholics, Jews and Muslims. In Germany, however, religious freedom applies indiscriminately to all religious communities. These and other differences are examined and compared in this article, which should contribute to a better understanding between Germany, the EU and the Council of Europe on the one hand and Belarus on the other. Although Belarus is not yet integrated into the pan-European institutional and legal area, the European perspective for the country does not have to be disregarded. Recently, intensive negotiations between Belarusian and European partners on the modalities of a possible accession of the Republic of Belarus to the Council of Europe have been conducted. Notably, Belarus has made two such applications for accession in recent years and considered the case law of the ECHR to be binding in some of the decisions of the Constitutional Court. The effective guarantee of religious freedom can bring Belarus even closer to Europe.

Key words: protection of human rights, European human rights standards, relationship between state and church, legal status of religious communities, restriction of religious freedom, religious teaching, theological education, ideological association, religious tranquility.